

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Mai 1957

115/J

Anfrage

der Abg. O l a h, V o i t h o f e r, W o l f, R o m, S t e i n e r,  
 T r u p p e und Genossen  
 an den Bundesminister für Finanzen,  
 betreffend die katastrophalen Folgen der Budgetkürzungen auf dem Sektor der  
 Wildbach- und Lawinenverbauungen.

- - - - -

Im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1957 sind die Budgetmittel gegenüber  
 jenen des Vorjahres um 30 % gekürzt. Diese Kürzung zeigt in zweierlei Hinsicht  
 katastrophale Auswirkungen.

Während im Vorjahr bei der Wildbach- und Lawinenverbauung durchschnittlich  
 3.600 Arbeiter beschäftigt waren, sind es nun im Mai 1957 nur mehr 2.000. Weitere  
 Kündigungen werden im Zuge einer nochmaligen Kürzung des Arbeiterstandes vorbe-  
 reitet. Durch diese Kündigungen wird der Stammarbeiterstand weiter gekürzt. Stamm-  
 arbeiter, die andere Arbeitsplätze gefunden haben, kehren nicht mehr zur Wildbach-  
 und Lawinenverbauung zurück. Diese erfahrenen Arbeitskräfte sind nicht mehr zu er-  
 setzen; ihre Entlassung stellt einen unersetzblichen Verlust dar.

Delegationen der Länder Salzburg und Oberösterreich haben beim Herrn Minister  
 für Land- und Forstwirtschaft vorgesprochen und ihn auf die ernsten Auswirkungen  
 der Arbeitseinschränkungen aufmerksam gemacht. Die Wildbach- und Lawinenverbauung  
 kann nicht als normale Investition angesehen werden, da sie ja keine gewinnbrin-  
 genden Werte schafft; sie verhindert vielmehr große Wertverluste, die bei Natur-  
 katastrophen entstehen. Nichtregulierte Wildbäche und Lawinenhänge richten all-  
 jährlich große Flurschäden an. Darüber hinaus wird das Straßennetz zerstört und  
 manchmal auch Wohnsiedlungen getroffen. Bei eintretenden Katastrophen müssen, un-  
 abhängig von den Budgetmitteln, weit größere Geldmittel für Sofortmaßnahmen zur  
 Verfügung gestellt werden als eine rechtzeitige Verbauung erforderlich. Die bereits  
 halbfertigen Verbauungen, deren weiterer Ausbau nun eingestellt werden muß, sind  
 naturgemäß gegen Überschwemmungen und Lawinen besonders empfindlich. Die bereits  
 begonnenen Anlagen und Kulturen werden auch bei kleineren Hochwässern zerstört,  
 die verwendeten Gelder sind also nutzlos ausgegeben worden.

Angesichts dieser drohenden Schäden für die Volkswirtschaft und der katastrophal-  
 len Auswirkungen der Arbeitseinschränkungen richten die unterzeichneten Abgeord-  
 neten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, zur Sicherung der begonnenen und unbedingt  
 notwendigen Arbeiten die im Eventualbudget vorgesehenen Mittel flüssig zu machen,  
 bzw. weitere notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen?

- - - - -